



Verzweifelt: Generalintendant Peter Grisebach.



Ihre Entscheidung stoppte das Projekt: CDU-Ortsvorsitzender Helge Lehnkuhl und Fraktionschef Holger Ley (re).

Rat stimmt gegen Theater-Neubau

CDU, Grüne, FDP und Wählergemeinschaften lehnen 14-Millionen-Projekt ab / Generalintendant spricht vom „Aus für das Landestheater“

SCHLESWIG Protokollführer Udo Wesolowski machte es spannend: Bei der namentlichen Abstimmung rief er erst ganz zum Schluss den Mann auf, über dessen Verhalten in den vergangenen Tagen spekuliert worden war. Erst als CDU-Ratsherren Heinrich Bömer laut und deutlich „Nein“ sagte, war klar: Das Projekt Theater-Neubau auf dem Hesterberg ist gescheitert. Eine Stimme fehlte zur Mehrheit. Die Abstimmung endete 13:13. SPD und SSW stimmten geschlossen für den Neubau, alle anderen dagegen.

Ob das auch das Aus für Schleswig als Theaterstadt ist, in dieser Frage scheiden sich nun die Geister: Peter Grisebach, der Generalintendant des Landestheaters, war sichtlich erschüttert. „Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, dann wird es das Aus für das Landestheater“, sagte er unmittelbar nach der Abstimmung. Er bekräftigte, was er schon in den vergangenen Monaten immer wieder betont hatte: Ohne eine neue Schleswiger Spielstätte drohte der Landestheater GmbH innerhalb der nächsten vier Jahre die Zahlungsunfähigkeit. Länger sei der Einnahmeausfall nicht mehr zu kompensieren, der entstanden ist, seitdem das Stadttheater im Lollfuß 2011 wegen Einsturzgefahr geschlossen werden musste. Auf der Gesellschafterversammlung am 10. Januar werde man das weitere Vorgehen diskutieren, sagte Grisebach. Gut möglich, dass in Schleswig schon vor 2017 kein Theater mehr gespielt wird – dann nämlich, wenn angesichts der neuen Lage der Mietvertrag für die provisorische Spielstätte im Slesvigshus nicht mehr verlängert wird.

Diejenigen Ratsmitglieder freilich, die gestern mit Nein stimmten, betonten immer wieder, dass sie damit keineswegs den Gedanken eines Theaterneubaus ablehnten. Doch den Plänen, die die Stadt-

Verlierer: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Stephan Dose argumentierte verbogens für den Neubau. BUHNE: NN (3)

verwaltung unter Federführung der Projektleiterin Dr. Julia Pfannkuch vorliegen, mochten sie nicht zustimmen.

Immer wieder fiel in der Diskussion das Wort „Elbphilharmonie“. Man fürchtete, dass es nicht bei den kalkulierten Baukosten von 14,1 Millionen Euro bleiben wird. Aber es ging nicht nur um die

„Was die CDU hier vorgetragen hat, ist wirklich dummes Zeug.“

Peter Grisebach
Generalintendant des Landestheaters

Finanzierung. Für die Grünen bemängelte Johannes Thaysen, dass Alternativen nicht ausreichend geprüft worden seien und dass das inhaltliche Konzept nicht ausgereift sei. Seine Fraktion hatte schon seit langen angekündigt, gegen die Vorlage aus dem Rathaus zu stimmen – ebenso wie die drei fraktionslosen Stadtherren Jürgen Wenzel (FDP), Arne Olaf Jöhnk (FWS) und Ingo Harder (BfB).

So war es vor allem der Sinneswandel der CDU, der den Neubau nun scheitern

ließ, nachdem kurz vor der vorbereiteten Ausschuss-Sitzung in der vergangenen Woche neue Unwägbarkeiten bei der Finanzierung bekannt geworden waren.

Im Kern ging es dabei um die Frage, ob die Stadt weiterhin – wie geplant – fünf Millionen Euro für das Projekt ausgeben muss oder ob es nun 6,5 Millionen Euro sind. Kurzfristig war bekannt geworden, dass die Zuschüsse der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg (500.000 Euro) und des Landestheaters selbst (eine Million Euro) nicht als Baukostenzuschuss verbucht werden dürfen, sondern als „Mietsonderzahlung“ innerhalb des städtischen Haushalts in einen anderen Topf fließen. Pfannkuch, Grisebach und die Vertreter von SPD und SSW verwiesen darauf, dass die Stadt dadurch unterem Strich dieselben Zuwendungen erhält wie ursprünglich geplant. Sie müsste lediglich, weil der neue Geldfluss steuerlich ungünstiger ist, 244.000 Euro zusätzliche Umsatzsteuer ans Finanzamt überweisen.

Das freilich sah CDU-Fraktionschef Holger Ley völlig anders. „Wer eine Mietsonderzahlung als Ersatz für eine Baukostenbeteiligung anführt, vergleicht Äpfel mit Birnen“, sagte er. Als er argumentierte, das Landestheater würde als Folge der neuen Lage in den kommenden Jahren weniger Miete zahlen als ursprünglich vereinbart, schüttelte Projektleiterin Pfannkuch mit dem Kopf, und Grisebach sagte dazu nach der Sitzung: „Was die CDU hier vorgetragen hat, ist dummes Zeug. Herr Ley hat es einfach nicht begriffen.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Stephan Dose regte eine Sitzungsunterbrechung an, um offene Fragen zu erörtern. Das lehnte die CDU aber ab. Der Bauausschuss-Vorsitzende Klaus Bosholm warf den Christdemokraten daraufhin vor, sie hätten sich „in ihrer Ab-

lehnung verbarrikadiert und in ihrer Argumentation eingebunkert.“

Die Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern des Theaterneubaus schienen gestern tief zu sein. Jedoch klang ihnen noch ein Appell im Ohr, den die Finanzausschuss-Vorsitzende Stefanie Hildebrandt zu Beginn der Beratungen an die gesamte Ratsversammlung gerichtet hatte: „Egal wie die Abstimmung ausgeht – die Unterlegenen sollten sich kurz schütteln und dann weitermachen.“ oje

Standpunkt

Schlechte Argumente

Zum Sinneswandel in der CDU-Fraktion
VON OVE JENSEN

Ob man nun für oder gegen den Theaterneubau votiert hat, für beide Entscheidungen gibt es gute Gründe. Es gäbe sogar gute Gründe für einen Meinungswandel, wie ihn die CDU-Ratsfraktion in der vergangenen Woche vollzogen hat. Immer wieder wurden neuen Details zur Finanzierung bekannt, und jedes Mal waren sie für die Stadt Schleswig eher ungünstig. Aber wie die Union ihren Sinneswandel begründet, das ist kaum nachzuvollziehen. Die 1,5 Millionen Euro von der Kulturstiftung des Kreises und vom Landestheater können nun nicht – wie geplant – als Baukostenzuschuss verbucht werden, sondern werden in der Überweisung an die Stadt als „Mietsonderzahlung“ deklariert. Aber es gibt keinen Grund anzunehmen, dass diese Zahlung nun ungewisser ist als vor einer Woche. Die 500.000 Euro von der Kulturstiftung sind längst beschlossen. Was die Million vom Landestheater angeht, so verweisen die Kritiker zu Recht darauf, dass dieses Geld über Spenden und auf Benefizveranstaltungen erst noch eingesammelt werden muss. Aber das war vor einer Woche schon genau so, als die CDU-Fraktion noch nahezu geschlossen hinter dem Theaterneubau stand.

Generalintendant Peter Grisebach spricht von einem Wunder, das nun nötig sei, um sein Landestheater vor der Pleite zu retten. Die Schleswiger Christdemokraten sollten nun beten, dass dieses Wunder tatsächlich eintritt. Andernfalls wird sich schnell in ganz Schleswig-Holstein herumersprechen, dass sie es waren, die mit ganz schlechten Argumenten dem Landestheater den Todesstoß versetzten.

„Eine ganz schwierige Situation“

Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) hofft weiter auf eine Rettung des Theaterstandortes Schleswig

SCHLESWIG Unmittelbar nach der Entscheidung der Ratsversammlung hat sich in Kiel Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) zur neuen Lage geäußert. „Ich bedaure diese Entscheidung sehr“, erklärte sie. Sie könne zwar nachvollziehen, dass die Ratsmitglieder angesichts der Dimension Zweifel

hätten, ob die Stadt Schleswig sich finanziell nicht übernehme. „Allerdings hat man die Chancen, die dieses Projekt auch für Schleswig bietet, meiner Meinung nach nicht ausreichend gewürdigt.“ Die Stadt hätte nicht nur ein modernes Stadttheater erhalten, meinte die Ministerin, sondern auch ein



Spoorendonk

halten gerade der bürgerlichen Parteien in der Ratsversammlung.“ Für den Fortbe-

stand des Landestheaters sein nun eine „ganz schwierige Situation“ entstanden. Es sei nun an der Stadt Schleswig, einen Alternativplan zu entwickeln. „Wir werden uns Vorschlägen nicht verschließen, ich sehe aber große Probleme in finanzieller, zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht.“

Landestheater blickt in ungewisse Zukunft

SCHLESWIG Das Aus des Theaterneubaus in Schleswig bedroht die Zukunft des Landestheaters Schleswig-Holstein. Der Ausfall der dortigen Spielstätte werde dazu führen, dass auch in Flensburg und Rendsburg spätestens 2017 der Vorhang für immer falle, sagte gestern Intendant Peter Grisebach. Für morgen ist ein Krisengipfel mit Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) und Vertretern des Theaters sowie der Stadt Schleswig geplant. sh:z

Kultur / Kommentar Seite 2

Landestheater bangt um Existenz

Schleswig-Holsteins Politiker diskutieren über gescheitertes Schleswiger Bauprojekt / Kulturministerin lädt zum Krisengespräch

SCHLESWIG Das Nein der Schleswiger Ratsversammlung zum Theater-Neubau auf dem Hesterberg hat Schockwellen in ganz Schleswig-Holstein ausgelöst. SPD-Landeschef Ralf Stegner meldete sich ebenso zu Wort wie der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Johannes Callsen und die kulturpolitischen Sprecherinnen von Grünen und FDP. In Kiel streitet man sich um die Frage, wer die Schuld hat, falls das gesamte Gebilde Schleswig-Holsteinisches Landestheater in sich zusammenbricht. Stegner sieht die Verantwortung bei der CDU-Ratsfraktion. Callsen verlangte „endlich einen tragfähigen Lösungsvorschlag“ von der Landesregierung und machte Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) dafür verantwortlich, dass die Ratsversammlung dem Neubau nicht zustimmen konnte. In dieselbe Kerbe schlug Anita Klahn von der FDP: Es sei

dimensioniertes Bauvorhaben voranzutreiben und die Stadt Schleswig mit dem finanziellen Risiko allein zu lassen. In einer schwierigen Rolle fand sich die kulturpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Marlies Fritzen, die sich für den Neubau stark machte, während ihre Schleswiger Parteikollegen dagegen stimmten. „Sie haben sich die Entscheidung nicht leicht gemacht“, sagte Fritzen. Nun gehe es

darum, eine konstruktive Lösung zu finden.

Mit der Suche nach einer solchen Lösung beschäftigt sich nun auch Generalintendant Peter Grisebach. Er sprach gestern noch immer von der drohenden Insolvenz innerhalb der nächsten vier Jahre. Allerdings wirkte er nicht mehr ganz so resigniert wie unmittelbar nach der Abstimmung im Schleswiger Rathaus am Montagabend. „Ich fühle mich wie ein Bo-

xer, der weiche Knie hat, aber ich stehe wieder auf den Beinen.“ Morgen früh trifft er sich mit Kulturministerin Spoorendonk zum Krisengespräch. Seine Hoffnung ist, dass in Sachen Theater auf dem Hesterberg das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Den Theaterstandort Lollfuß zu retten, wie es viele Hesterberg-Gegner in der Ratsversammlung anregten, hält der Intendant für nahezu ausgeschlossen. „Das ist gefährliche Dummheit.“ Dazu müssten die Planungen völlig von vorn beginnen. „Wir sprechen dann von einem neuen Theater im Jahr 2020.“

Rückendeckung bekommt Grisebach vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Landestheater GmbH, dem Dithmarscher Landrat Jörn Klimant. „Vielleicht kann man eine nachjustierte Lösung finden“, meinte er. „Wir haben einen Rückschlag erlitten, aber wir fangen nicht bei Null an.“ Die Gefahr einer Insolvenz des Landestheaters

sei dennoch real, betonte er.

Dass die Schleswiger Entscheidung gravierende Auswirkungen auch auf die anderen Standorte des Landestheaters haben könnte, sprach sich gestern schnell herum. „Das Aus für das Landestheater wäre ein schwerer Schlag für die Kultur in der Region“, sagte Rendsburgs Bürgermeister Pierre Gilgenast.

Sein designierter Schleswiger Amtskollege Arthur Christiansen, der sein Amt Ende Januar antritt, mag noch nicht daran glauben, dass die Lichter im Theater ausgehen. Er sieht genügend Ansatzpunkte für einen Neustart. „Die Karten werden eben neu gemischt.“ Er werde die Weihnachtstage zu einem intensiven Aktenstudium nutzen und alle Optionen prüfen. Er wolle schnell in neue Gesprächsverhandlungen einsteigen – zunächst mit dem Kreis Schleswig-Flensburg und der Landesregierung. *Ove Jensen*

INFO: SCHLESWIG-HOLSTEINISCHES LANDESTHEATER
Das Schleswig-Holsteinische Landestheater ist ein besonderes Konstrukt, um die Bühnenkunst in die Städte Flensburg, Rendsburg und Schleswig sowie auf das flache Land zu bringen. Gemeinsam ist man in der Lage, ein breit angelegtes Theater- und Musikprogramm anzubieten. Neben den Haupt-Theaterorten Flensburg, Rendsburg und Schleswig gibt es regelmäßige Aufführungen in Friedrichstadt, Heide, Husum, Itzehoe, Leck, Meldorf, Neumünster, Niebüll und St. Peter-Ording. Von einigen dieser Orte, die nur über kleine Bühnen-Möglichkeiten verfügen, fahren eigene Theaterbusse ohne Aufpreis auf die Eintrittskarte zu den nächstgelegenen Aufführungen. Die Verwaltung des Landestheaters wird von Schleswig aus organisiert. Das Landestheater ist ein Unternehmen mit 340 Beschäftigten. Betrieben wird es in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an der Spitze mit dem Generalintendanten und alleinigen Geschäftsführer Peter Grisebach, der die GmbH seit August 2010 leitet.



Theatertgipfel

Schleswig Kulturministerin Anke Spoorendonk kam gestern zum Krisentgipfel nach Schleswig, um über die Zukunft des Landestheaters zu beraten.

SEITE 13

Theatertgipfel vertagt sich auf Januar

Nach dem Nein der Ratsversammlung zum Neubau auf dem Hesterberg bat Kulturministerin Anke Spoorendonk gestern zum Krisengespräch

SCHLESWIG Immerhin, Schloss Gottorf steht noch. Das Landesmuseum signalisiert jedem Besucher, der über die B76 nach Schleswig kommt: Schleswig ist eine Stadt, die in großen Teilen von ihrer Kultur lebt. So lud Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) gestern Vormittag auch nach Schloss Gottorf ein, um auf einem Krisentgipfel darüber zu beraten, wie es weiter gehen soll mit der anderen großen Kultur-Insitution, die ihren Hauptsitz in Schleswig hat: dem Landestheater.

Auch nach dem Gespräch wusste gestern niemand, was nun geschehen soll, nachdem die Schleswiger Ratsversammlung den Theater-Neubau auf dem Hesterberg abgelehnt hatte. Das einzige konkrete Ergebnis war ein ungeführter Termin für den nächsten Krisentgipfel: Ende Januar. Bis dahin werde ihr Ministerium „einige Prüfaufträge“ erledigen, verkündete die Ministerin, als sie vor mehreren Fernsehcameras vom Verlauf des Krisengesprächs berichtete.

Worin diese Prüfaufträge bestehen, wollte Spoorendonk nicht sagen, aber dem Vernehmen nach wird es auch darum gehen, das Finanzierungsmodell so zu gestalten, dass doch noch eine Mehrheit in der Schleswiger Ratsversammlung dem Neubau auf dem Hesterberg zustimmen kann. Zusätzliches Geld aus dem Landeshaushalt war aus den Worten der Ministerin auch nach Nachfragen nicht herauszuhören.

An dem Gespräch nahmen auch der

„Diejenigen, die gegen das Theater gestimmt haben, müssen erklären, wie sie sich eine Lösung vorstellen.“

Anke Spoorendonk
Landeskulturministerin

noch amtierende Bürgermeister Thorsen Dahl und sein designierter Nachfolger Arthur Christiansen teil. In dessen erste Amtswoche wird der nächste Krisentgipfel im kommenden Jahr vermutlich fallen. Spoorendonk, die in Busdorf geboren wurde und im Friedrichsberg aufwuchs, zeigte sich dabei über die Schleswiger Kommunalpolitik bestens im Bilde und zog Parallelen zur Dauerdiskussion um die Gesundheitsthermie auf der Freiheit. „Ich kann nur davor warnen, Entscheidungen immer wieder



Sie werben weiter für ein Theater auf dem Hesterberg: Kulturministerin Anke Spoorendonk, der Aufsichtsratsvorsitzende der Landestheater GmbH Jörn Klimant und Generalintendant Peter Grisebach (rechts).

OJR

zu vertagen.“ Sie betonte, dass das Theater auch ein wertvoller Teil der Wirtschaftsförderung für die Stadt sei. Zugleich wehrte sich die Ministerin gegen Vorwürfe, sie selbst habe sich nicht ausreichend für die Rettung des Theaterstandortes eingesetzt und wolle nun der Stadt Schleswig lediglich eine sanierungsbedürftige Immobilie andrehen. Das Gebäude-Ensemble auf dem Hesterberg, das das Land jetzt über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen für den Theaterneubau zur Verfügung stelle, sei „gut in Schuss“, versicherte sie. Einen anderen Standort, etwa am Lollfuß, wo das einsturzgefährdete alte Stadttheater noch immer auf die Abrissbagger wartet, halte sie für unrealistisch.

In Richtung der Ratsmitglieder von CDU, Grünen, FDP und Wählergemeinschaften sagte Spoorendonk: „Diejenigen, die gegen das Theater gestimmt haben, müssen nun erklären, wie sie sich eine Lösung vorstellen.“

Zum gestrigen Krisengespräch waren die Ratsfraktionen nicht eingeladen. Beim nächsten Termin im Januar sollen sie jedoch dabei sein.

Wie es danach weitergeht, ist noch immer völlig offen. Aber Peter Grisebach, der Generalintendant des Landestheaters, hat sein Markenzeichen – das zuversichtliche Dauerlächeln – inzwischen wiedergefunden. „Ich fühle mich jetzt besser als vor dem Gespräch“, sagte er und konnte zwischendurch sogar wieder an sein Tagesgeschäft denken, die Premiere am Sonnabend im Rendsburger Theater. Dort steht „Der Unter-

gang der Titanic“ von Hans Magnus Enzensberger auf dem Programm. In Anspielung auf den legendären Ozeanriesen sagte Grisebach: „Wir sind mit dem Eisberg kollidiert, aber noch nicht gesunken.“

Ob es ein Happy End gibt, zumindest in dem Enzensberger-Stück, das können die Schleswiger Theaterbesucher schon vor dem nächsten Krisentgipfel erfahren: In der Ausweichspielstätte, dem Slesvighus, steht „Der Untergang der Titanic“ erstmals am Donnerstag, 16. Januar, auf dem Spielplan.

Ove Jensen

„Das Landestheater wird überleben“

Landrat Wolfgang Buschmann und Kreispräsident Ulrich Brüggemeier sind zuversichtlich, dass der Standort Schleswig noch eine Chance hat – für die Kreisfinanzen sehen sie eher schwarz

SCHLESWIG-FLENSBURG
Das Jahr 2013 war insbesondere von zwei Wahlen geprägt, wobei die Kommunalwahl im Mai für den Kreis die interessantere war. Im Kreistag gibt es viele neue Köpfe, verteilt auf nunmehr acht Parteien und Wählergruppen. Über den hohlgeläuterten Start in die neue Wahlperiode und weitere Themen, die den Kreis 2013 bewegt haben und im Jahr 2014 bewegen werden, sprach unser Redaktionsmitglied Haines Hardig mit Landrat Wolfgang Buschmann und Kreispräsident Ulrich Brüggemeier.

Ist die Politik schon im Normalbetrieb angekommen oder ist noch Sand im Getriebe?
Brüggemeier: Der Start war sicher holprig. Da waren bei den einen oder anderen die Vorstellungen sicher etwas überzogen, was die Ergebnisse der Personalverhandlungen angeht. Es hat Irritationen gegeben über die Frage: Was kann welche Fraktion für sich einfordern. Aber es hat sich spätestens zur Weihnachtsfeier des Kreistags gezeigt, dass diese Probleme überwunden sind. Der ein oder andere war anfangs etwas forsch dabei, aber das hat sich gegeben.

Da haben Sie sicherlich ihren neuen Fraktionsvorsitzenden Timo Kux im Kopf. Musste er von den erfahreneren Kollegen zwischenzeitlich gebremst werden?
Überhaupt nicht. Kux hat nach der Wahl nur die Rechte, die der CDU zustanden, eingefordert. Die Jüngeren haben eine andere Art, dies zu tun, und die setzt sich durch. Die wissen, was sie wollen. Ich als Älterer würde sicher verhalten mit Forderungen umgehen. Die SPD beharrte damals allerdings darauf, den Posten des ersten Kreisrats zu bekommen. Und da gab es für uns nichts zu verhandeln.

Herr Landrat, ein einschneidendes Erlebnis war der tragische Verlust einer Mitarbeiterin, die brutal getötet wurde. Welche Lechre hat man daraus gezogen?
Buschmann: Unsere Mitarbeiter schweben nicht in unmittelbarer Gefahr und werden nicht permanent bedroht. Wir haben in der Folge der Tat aber durchaus einen kritischen Blick auf unsere Klientel geworfen. Besonders irritierend waren die Trittbrettfahrer, die auf Basis dieses schrecklichen Ereignisses meinten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt verunglücken zu müssen nach dem Motto: Warte mal, bis der Nächste kommt. Das haben wir rigoros verfolgt – mit Hilfe der Staatsanwaltschaft bis hin zum Strafbefehl.

Haben Sie die Sicherheitsmaßnahmen verschärft?
Ja, natürlich. Aber bitte haben Sie Verständnis, das ich keine Einzelheiten dazu preisgebe. Die Kreisverwaltung bleibt trotz allem ein offenes Haus, das grenzt die Möglichkeiten von Sicherheitsorchestrierungen ein wenig ein.



Wolfgang Buschmann und Ulrich Brüggemeier (hinten) im Arbeitszimmer des Landrats. Sie fordern vom Land mehr Geld für die Erfüllung der Kreisaufgaben. HARDIG

Ein Thema wurde das ganze Jahr über heiß diskutiert: die Zukunft des Theatersandortes Schleswig und mithin die Zukunft des Landestheaters. Glauben Sie, dass die Wende zum Besseren noch möglich ist?

Buschmann: Als Zweckoptimist sage ich Ja. Vor dem Hintergrund der finanziellen Engpässe, vor denen nicht nur der Kreis steht, habe ich aber auch Verständnis für die kritische Frage: Können wir uns das alles erlauben? Allerdings sollte man nicht im Endspurt das Rennen aufgeben. Wer sich mit einem Ozeandampfer auf große Fahrt begibt, der darf keine Angst davor haben, dass er kein Land mehr am Horizont sieht. Mit Blick auf die Entwicklung der Stadt und der Region halte ich ein Theater in Schleswig für unverzichtbar.

Brüggemeier: Über die Größenordnung der Hilfen, die der Kreis leisten kann, haben wir ein halbes Jahr lang diskutiert, und die Einigung steht: eine halbe Million über den Kreishaushalt, eine halbe Million über die Kulturstiftung. Alles weitere ist Verwaltungshandeln. Bei der Ratsitzung in Schleswig habe ich dann mit Verwunde-

rung der Vorlage entnommen: Kreishaushalt 500.000 Euro, Kulturstiftung: null. Schade, auch solche Darstellungen sorgen natürlich für Irritationen.

Kann sich die Stadt solche Irritationen zu diesem Zeitpunkt noch erlauben?
Brüggemeier: Ich hoffe, dass sich alle Beteiligten noch besinnen. Die Stadt jedenfalls muss auf dem Teppich bleiben, das Landestheater möglicherweise bei der Planung abspecken. Am Ende, davon bin ich überzeugt, wird das Theater überleben.

Beim Thema Geld und Kultur fällt einem sofort das Landschaftsmuseum an. Ein Gutachter sagt: Mehr Zuspruch und mehr Einnahmen gibt es nur mit dem Christeschloß als zentralem Bestandteil. Ist das der richtige Weg?

Buschmann: Eine der Kernausgaben des Gutachters ist: Wir brauchen einen Anlaufpunkt, an dem sich das Theater Museum kristallisiert. Da könnte der Hof eine Rolle spielen, und ich kann mir das gut vorstellen. Aber wir reden hier über hohe Summen. Das will gut abgeklärt sein.

Brüggemeier: Es wird nicht leicht sein, das mehrheitsfähig zu machen. Das Landschaftsmuseum war in der neunziger Jahren eine tolle Sache. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass es in den letzten 20 Jahren richtig vorangekommen ist. Der Gutachter schätzt mit viel Optimismus, dass man auf eine Besucherzahl von jetzt 12.000 auf 24.000 pro Jahr kommen kann. Das ist nichts! Da muss mehr passieren. Wovon will man denn künftig ein jährliches Defizit von bis zu 300.000 Euro bezahlen?

Es gibt ja flankierende Angebote, beispielsweise von der Museumsbahn, konzeptionell zusammenzuarbeiten.

Brüggemeier: Wir als CDU-Fraktion haben uns die Dampfisenbahn angeschaut. Wir haben gesehen, was der Verein leistet. Es gibt viele tolle Angebote in der Region, aber es fehlt die Vernetzung. Die Kulturstiftung könnte dies organisierend in die Hand nehmen. Kultur und Tourismus gehören zusammen.

Ruschmann: Was die Zusammenarbeit angeht, bin ich nur verhalten optimistisch. Beide – Unewart wie

Museumsbahn – könnten starker Destinationen für Besucher sein, die durch eine Vernetzung profitieren, aber dafür müssen beide wirtschaftlich gesund sein. Es ist keinem damit gedient, zwei Kranke in ein Bett zu legen.

Es gibt weitere Probleme aus 2013, die im neuen Jahr zu lösen sein werden. Wie werden die Frauenberatungsstellen finanziert? Bekommt der Kreisjugendring seinen überlebenswichtigen höheren Zuschuss vom Kreis?

Buschmann: Ohne der Politik vorgreifen zu wollen, bewerte ich es als positiv, dass die Mittel für diese freiwilligen Leistungen in den Haushalten eingearbeitet werden.

Brüggemeier: Wir hatten in der Ursprungsplanung für den Haushalt 2014 ein Plus von 275.000 Euro stehen, jetzt sind es nur noch 200.000 Euro. Es fehlt nur noch die Zustimmung des Hauptausschusses, dann wird das Geld freigegeben.

Die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) im Jahr 2015 wirft ihre Schatten voraus. Wird das nächste das vorerst letzte

Buschmann: ... dann wären wir immer noch bei 3,8 Millionen Euro weniger pro Jahr. Damit wäre das Problem nicht gelöst. Entweder das Land reduziert die Anzahl der Kreisaufgaben oder es gibt mehr Geld in den Finanzausgleich hinein. Das Land hätte die Möglichkeit dazu über die Grundsicherung.

Rechnet man die Summen hinzu, die der Kreis für die Beschulung der Förderschüler einnehmen muss, und die Freistellung der Schülerbeförderung, dann machte das über den Damm eine notwendige Erhöhung der Kreisumlage um mindestens vier Prozent. Sind Konflikte mit den Kommunen ab Jahresmitte nicht programmiert?
Buschmann: Schon viel früher. Die Diskussion muss schon im Frühjahr fortgesetzt werden. Wir müssten die Kreisumlage bis Juni verbindlich erhöht haben, um sie rückwirkend abrechnen zu können. Die Entscheidung müsste im März getroffen werden. Aber die Gemeinden wissen, was auf sie zukommt.
Brüggemeier: Für mich ist ganz sicher, es müsste mehr Geld in den Finanzausgleich. Wenn das Land bei den Feldern, die ihm wichtig sind, mehr hineinpakt, dann muss das beim Fundament der Demokratie – den Gemeinden – auch möglich sein.

Ralf Stregner als SPD-Innenminister wollte kommunale Strukturen schon einmal offizieller gestalten. Glauben Sie, dass wir die Diskussion in einem Jahr wieder beginnen werden?

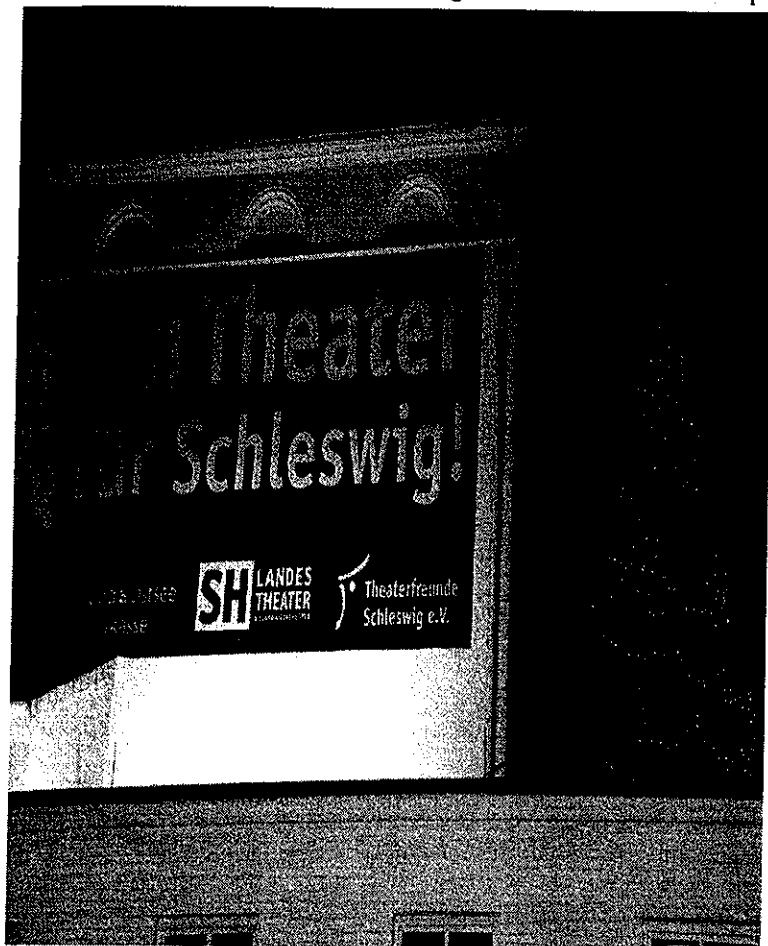
Buschmann: Man ist manchmal versucht, sich vorzustellen, dass das was derzeit von der Landesregierung vorbereitet wird, in einem größeren Zusammenhang geschieht. Aber ich bin ganz beruhigt. 90 Prozent unserer Aufgaben versehen wir als untere staatliche Landesbehörde. Keiner könnte diese Aufgabe übernehmen. Über die Neuschneidung von Kreisen kann man vorzüglich streiten, aber das werden wir zeitraubend erleben.

Brüggemeier: Ich glaube, dass sich keine Landesregierung – die jetzige nicht und auch keine andere – durchsetzen könnte mit dem Versuch, die Kreise in der Größe zu verändern. Der gewese Nordsee-Kreis – das ist ein Abenteuer. Dann sollte man gleich sagen: Ich will das Ehrenamt nicht mehr haben.

Worin sehen Sie die größte Herausforderung 2014?

Buschmann: Finanzausgleich, regionale Daseinsvorsorge, regionale Integration (Hartz IV, d.Ned.). Wir müssen auch die Breitbandversorgung weiter voran bringen, und die Jugendberufsagentur, die wir ins Leben rufen wollen, ich bin hoffnungsvoll, dass das klappt.
Brüggemeier: Ganz wichtig wird sein, dass wir unsere Finanzplanung für die Zukunft hinterlegen und dass unsere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bessere Erfolge zeitigt als bisher.

Reduzieren wir die Belastung rechnerisch um die Hälfte...



Schlamperei mit flächendeckendem Kollateralschaden

von Detlef Brandenburg

Eine Ein-Stimmen-Mehrheit im Rat der Stadt Schleswig hat den Neubau für das dortige Landestheater abgelehnt. Damit gefährdet sie die gesamte Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein.

Wenn man tagtäglich und von Berufs wegen die Neuigkeiten aus der Kulturpolitik über sich ergehen lässt, steht man dem, was politische Gremien und Verantwortungsträger mit ihren Theatern so treiben, gelegentlich – sagen wir es höflich: etwas erstaunt gegenüber. Doch selbst derart abgehärtet blickt man auf eine Entscheidung, die vor wenigen Tagen im Rat der Stadt Schleswig gefallen ist, einigermaßen fassungslos. Schleswig ist einer der drei Sitzorte des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters, das bereits in den letzten Jahren vom Land und einigen seiner 19 Trägerkommunen und -kreise finanziell erheblich drangsaliert wurde. In der neuen Kulturministerin Anke Sporendonk (Südschleswiger Wählerverband) hat das Landestheater aber seit 2012 eine verlässliche und kulturfreundliche Partnerin auf Landesebene, die dem Haus endlich eine mittelfristige Perspektive bieten will.

Größtes Problem dabei: Im Frühjahr 2012 war das Theater in Schleswig Knall auf Fall wegen Baufälligkeit geschlossen worden. Seitdem fehlen dem Intendanten Peter Grisebach 200.000 Euro Einnahmen pro Saison. Gemeinsam mit der Stadt Schleswig und ihrem durchaus theaterfreundlichen Bürgermeister hatte Sporendonk

nun eine Lösung erarbeitet, die dem Landestheater auf dem Hesterberg, wo bislang eine Volkskundliche Sammlung ihre Bleibe hatte, ein neues Haus bescheren sollte. Dies hatte der Schleswiger Stadtrat im Mai beschlossen – und jetzt mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit von CDU, Grünen, FDP und zwei Wählergemeinschaften wieder kassiert, weil die Stadt womöglich nicht fünf, sondern 6,5 Millionen Euro von den 14 Millionen der Bausumme tragen und für eventuelle Kostensteigerungen gerade stehen muss.

Das sich daraus ergebende Szenario ist bizarr. Ohne ein leistungsfähiges Theater in Schleswig und die daraus erwirtschafteten Einnahmen ist das Landestheater nicht überlebensfähig. Spätestens 2017 wäre laut Intendant Grisebach die Insolvenz da. Damit hätte der Schleswiger Stadtrat mit seinem Ein-Stimmen-Beschluss die kulturelle Grundversorgung des gesamten mittleren und westlichen Schleswig-Holsteins aufs Spiel gesetzt. Denn viel mehr an professioneller Kultur gibt es hier ja nicht, abgesehen von einigen durchaus beachtlichen Museen. Es geht hier nicht darum, dieses Landestheater zu verklären, sondern um nüchterne Fakten der kulturellen Infrastruktur, wenn man feststellt, dass diese Institution für ihre Region absolut unverzichtbar ist. Ohne sie wäre Schleswig-Holstein in weiten Teilen die Theaterwüste der Republik, die die verbleibenden Stadttheater in Kiel und Lübeck nie und immer künstlerisch bewässern könnten. In diesem Zusammenhang sollte zumindest die Frage der Verantwortlichkeit klar benannt werden. Wer war es denn, der das Theater in Schleswig so hat verrotten lassen, dass den Theaterleuten und ihren Zuschauern die Decke auf den Kopf zu fallen drohte? Schon für diese Schlamperei mussten die Künstler und ihr Publikum bluten. Und nun nimmt eine politische Mehrheit derselben Stadt die Theaterlandschaft eines ganzen Landes in Mithaftung für diese Schlamperei.

Noch allerdings ist Hoffnung. Alle Beteiligten wollen Anfang des kommenden Jahres unter Sporendonks Federführung nach einer Lösung suchen. Am Wochenende nach der Schleswiger Stadtrats-Entscheidung übrigens spielte das Landestheater „Der Untergang der Titanic“.



Das Stadttheater am Lollfuß ist seit Sommer 2011 wegen Einsturzgefahr gesperrt und soll in diesem Jahr abgeissen werden.

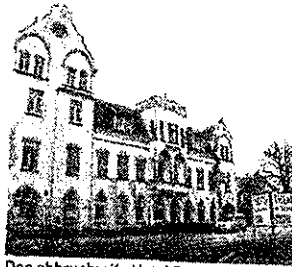
WINDMANN (9)

Wohin mit dem neuen Theater?

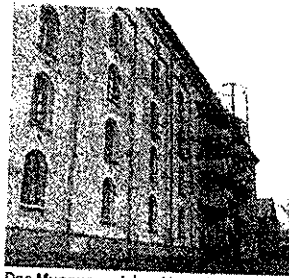
Neben dem Hesterberg und dem Lollfuß sind inzwischen noch andere Standorte im Gespräch – wir fragen nach der Meinung der SN-Leser

Standort Hesterberg

Das Volkskunde-Museum auf dem Hesterberg schließt in wenigen Wochen seine Türen. Dann wird das Gelände frei für den Theater-Neubau. Das Land Schleswig-Holstein stellt das Grundstück zur Verfügung. Die Verwaltung könnte in das so genannte Körnerhaus einziehen. Es ist der einzige Standort, für den Zuschüsse in Millionenhöhe bereits bewilligt sind. Noch im Mai sprach sich die Schleswiger Ratsversammlung mit großer Mehrheit für diesen Standort aus. Doch seit der Rat im Dezember wegen Bedenken gegen das Finanzierungskonzept für das 14,1-Millionen-Vorhaben mit knapper Mehrheit gegen den Baubeginn stimmte, ist in der Stadt die Debatte wieder voll entbrannt, ob das Theater dort oben – abseits des Stadtzentrums – gut aufgehoben ist.



Das abbruchreife Hotel Stadt Hamburg.



Das Museum auf dem Hesterberg.



Das alte Kasernengelände auf der Freiheit.

Standort Lollfuß

Dicht am Zentrum, malerisch gelegen an der Schlei und umgeben von Gaststätten, in die Generationen von Theaterbesuchern nach der Vorstellung gerne strömten. Seit mehr als 100 Jahren steht das Schleswiger Stadttheater am Lollfuß – und rutschte auf dem morastigen Boden langsam ab. Anfangs schien klar, dass ein neues Theater wieder an diesem bewährten Standort entstehen sollte. Inzwischen werben CDU und Grüne wieder für ein Theater am Lollfuß. Fachleute warnen allerdings, ein stabiles Fundament an dieser Stelle könnte schnell zum Millionengrab werden.

Standort Stadt Hamburg

Zwei Flügel mit einer Klappe schlagen: die Ruine von Stadt Hamburg abreißen und an der Stelle das neue Theaterhaus bauen. „Das wäre ein idealer Standort für Schleswigs Theater“, meinen Ralf Peddersen, Busdorfer Bürgermeister und Amtsvorsteher von Haddedy, und seine Hollingstedter Amtskollegin Petra Bülow, zugleich Vorsitzende des Kreisgemeindetages. Beide Vertreter aus dem Umland sehen diesen Platz am unteren Lollfuß als besonders geeignet an, weil er im „prominenten Blick-

feld“, nämlich in unmittelbarer Nähe von Schloss Gottorf, steht. „Schon von Gottorfer Damms aus wäre das Theaterhaus zu sehen. Dieser Standort würde den gesamten Lollfuß beleben.“ Parkplatzprobleme gäbe es dort nicht, da der Schleihallenparkplatz gleich nebenan sei. „Ich könnte mir an dieser zentralen Lage gut ein Kulturzentrum mit Theaterbetrieb vorstellen“, sagt Peddersen. Das Grundstück befindet sich allerdings in Privatbesitz. Die Stadt müsste es erst kaufen.

Standort auf der Freiheit

„Warum wird das neue Theater nicht auf der Freiheit gebaut?“, fragt sich Projektmanager Volker Schlüschen. Das Bühnenhaus könne an die Multifunktionshalle „Heimat“ angedockt werden. Große Teile der Infrastruktur könnten mitgenutzt werden. Die Rechnung des Geschäftsführers der Gesellschaft „Auf der Freiheit“ funktioniert so: Die Stadt kauft auf der Konversionsfläche ein Grundstück für fünf Millionen Euro. Weitere sieben Millionen Euro würde der Neubau des Theaters kosten, meint Schlüschen. Damit könne die Stadt zugleich ein ganz großes Rad in Bewegung setzen. Seine Gesellschaft würde das Geld aus dem Grundstücksverkauf in ein Hotel samt angeschlossener, rein privat finanzierter Therme investieren. Daran ließe sich wiederum ein neues Schwimmbad anschließen. Die Stadt würde dabei viele Millionen sparen, glaubt Schlüschen, zumal sich das bisherige marode Schwimmbad gleichzeitig zu einer neuen Feuerwache umbauen ließe.

ojeffbülae

PODIUMSDISKUSSION: „EINE ZUKUNFT FÜRS THEATER?“

„Eine Zukunft fürs Theater?“ – die Schleswiger Nachrichten und der Verein der Theaterfreunde laden für den nächsten Montag, 27. Januar, 19.30 Uhr, zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion in die A.-P.-Müller-Schule ein. Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) kann zwar wegen anderer dringender Verpflichtungen selbst nicht dabei sein, wird aber von ihrem

Staatssekretär Eberhard Schmidt-Elsaeber vertreten. Ferner werden auf dem Podium sitzen: Peter Grisebach, Geschäftsführer und Generalintendant des Landestheaters, Bürgermeister Arthur Christiansen, CDU-Fraktionschef Holger Ley, der Bauschuss-Vorsitzende Klaus Boshorn (SPD) und der Grünen-Kreistagsabgeordnete Manfred Wüner-Höfer.

LESERABSTIMMUNG

Ich wünsche mir ein neues Theater für Schleswig an folgendem Standort:

- Hesterberg
 - Lollfuß
 - Anderer Standort
- oder
- Kein Theaterneubau

Schicken Sie diesen Coupon bis Freitag, 24. Januar, an die Schleswiger Nachrichten/Redaktion
 Stadtweg 54, 24837 Schleswig
 oder per Fax an 0 46 21/808 12 22.
 Sie können Ihre Meinung auch per E-Mail schicken an redaktion.schleswig@shz.de (Betreffzeile: Theater)